

Konferenzen sollte ein besonderer Aufschub eingesetzt werden.

Abs. Straßer (Wolsoz.):

Seit dem 14. September 1930 hat sich in der Reichspolitik gar nichts geändert. Die Regierung führt den Kampf gegen uns, nicht aber den Kampf für das deutsche Volk. Das ist staatspolitisch um so gefährlicher, als doch jedem klar ist, daß ohne die Nationalsozialisten eine erfolgreiche Heimatpolitik nicht geführt werden kann. Der Käuflein des Nationalsozialisten ist der Prolet des Volkes gegen einen Staat, der das Recht auf Arbeit und Wiederherstellung des natürlichen Zustandekommens verweigert. Diese antikapitalistische Schlußfolgerung, die durch das deutsche Volk geht, findet ihre Bestätigung nicht mehr in der Sozialdemokratie, die am 1. Mai den Maßen nichts weiter zu verheißen wußte als Arbeitsverstärkung, Völkerleben und Pfaffenhaus. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben auf ihrem Kongreß einen viel vernünftigeren Standpunkt eingenommen als die Sozialdemokratische Partei.

Über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften läßt sich reden.

Wir sind bereit, daran mitzuwirken, und leben in dem im Namen der freien Gewerkschaften von Woottoni dafür entworfenen Finanzierungsplan viele Gedanken, die mirre Gedanken sind. Den Regierungsplan den Sparprämienanleihe lehnen wir ab. Er verläuft eine Linie, die keine Rückstift auf die deutschen Arbeiter nimmt und die nur als unabhängige Arbeitgebergruppe anerkannt wird. (Abg. Torgler: Sie sind doch von Thulien und Grunzing Wilhelm abhängig.) Wir verlangen eine Änderung der schwindenden Fassung des Verlasseungsartikels 1930 dahin, daß es häufig heißt, daß jeder Deutsche das Recht auf Arbeit haben muß. (Wolsoz.) Kapital, das zur Arbeitsbeschaffung verwendet wird, kann niemals Arbeitnehmer sein, denn mit dieser Tätigkeit wird neue Arbeit und neues Kapital geschaffen. 85 Millionen D-Mark Land in Deutschland müssen drainiert werden. Hier könnte die Arbeitsbeschaffung leicht bewältigt werden. Hier ist durch die Arbeitsbeschaffung den Motor angetrieben hat, dann wird er in zwei Jahren von selbst weiterlaufen, denn Arbeit erzeugt neue Arbeit.

Ein kauftloses Rogenmonopol wird sich verschaffen lassen,

wenn wir endlich das Lohnproblem lösen wollen. Wir wollen die Finanzierung des Arbeitsprogramms durch eine eigens dafür bestimmte Wirtschaftsanleihe durchführen. Die Erfahrungen an Erwerbsarbeitsunterstützung, das Wehraufkommen an Steuern, bieten die Möglichkeit für eine ausköhlende Kreislaufspaltung, die so lange unabdinglich ist, wie ein starker lauerer Staat darüber wacht, daß damit kein Wohlstand getrieben wird. Werner ist eine Neuorganisation der Elektrizitätswirtschaft nötig. Das Wichtigste ist aber die rechtliche Senkung des wie zu hohen Ansatzes. Auf diesem Wege kommen wir zu einer Neugestaltung unserer sozialen Struktur, zu einer Neuwende. Wenn wir hier unser Programm vorlegen, so erkennen wir an, daß Heimbausänger Dr. Brüning an alle diese Probleme mit dem besten Willen herangegangen ist.

Muse bei den Kommunisten: Ich blicke sie beim Zentrum an! Aber es war ihm unmöglich, keine Pläne durchzuführen, weil er seine ganze Kraft dazu verwendete, die heterogenen Parteien zusammenzuhalten, mit denen er regiert. Der Mann, der in Deutschland Arbeit schaffen will, kann die Politik nicht machen mit Aufbauteam oder Hugo Wolf oder Silverberg. Diese Finanzpläne und Wirtschaftsfixe haben versagt. Regieren kann man nur mit einer Volkswegung, die ihrem Führer unbedingten Vertrauen entgegenbringt. Nur Erfüllung unserer Pläne erholen wir die Hölle des Herrn. Das Urteil über sie: Sie sind doch von Thulien und Grunzing Wilhelm abhängig.

Abg. Hess (Vanda) erklärt, in Deutschland gebe es keinen Menschen, der eine Fortzahlung der Reparationen für möglich hält. Das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffel werde vom Landvolk in seiner Weise gebilligt. Minister Schell habe das große Werk durchgeführt, den deutschen Betriebsrat in der schwersten Zeit vor dem vollen Erfolg des Versuchs zu bewahren. Auszurichten sei auch die Tätigkeit des Ministers Schell. Die Schutzmahnahmen für den häuslichen Veredelungsvertrag hätten leider den erhofften Erfolg nicht gehabt. Das sei auf die ungünstige Zusammenziehung des Kapitals zurückzuführen.

(Die Sitzung dauert fort)

Das Schuldenlöschungs- und Kreditermäßigungsgesetz

Der Entwurf eines Gesetzes über Schuldenlöschung und Kreditermäßigung enthält folgende Bestimmungen:

Bei dem Reichsfinanzminister im Geieh vom 23. Oktober 1930 erreichte Antragstellung, 500 Mill. M. im Wege eines bis zum 15. November 1932 laufenden Kredits zu beschaffen, wird dahin geändert, daß der Kredit bis zum 15. November 1933 laufen darf.

Ebenso wie in die Haushaltspläne 1931, 1932 und 1933 werden auch in die Haushaltspläne für 1934 und 1935 mindestens je 420 Mill. M. auf Tilgung der inzwischen eingeworbenen Schulden des Reiches eingesetzt.

Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, im Wege des Kredits zu beschaffen: 240 Mill. M. zur rechtlichen Bedeutung des sozialen Arbeitsertrags im ordentlichen Haushalt 1930, 500 Mill. M. zur Tilgung des geplanten Zehntbezuges im ordentlichen Haushalt 1931, 50 Mill. M. zur Tilgung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts aus früheren Rechtsaufnahmen. Die früheren Vermächtnisse auf Aufnahme von Krediten treten inneweit, als von ihnen noch kein Gebrauch gemacht worden ist, aus. Kredit. Die Kreditermäßigungswegen der Bankenförderung gilt weiter.

Der Reichsfinanzminister wird weiter ermächtigt: Bis zu 100 Mill. M. im Wege des Kredits solange und soviel zu beschaffen, als die durch die im Haushaltsjahr 1930 vorgelegte Veränderung von Vorräten auf Kosten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Haushalt an möglichen Mittel noch nicht oder nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Reichsauflösung in geeigneten Fällen zurückzuführen; zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Reichsbahnspedition bis zu 600 Mill. M. im Wege des Kredits läßtig zu machen.

Schließlich wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, für Siedlung, Melioration, Beschäftigung, Auspendler und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel durch Ausgabe von Schuldverschreibungen zu beschaffen und die Höhe des jeweils zu beschaffenden Betrages festzulegen. Er darf in Höhe der geschätzten Beiträge Geldmittel im Wege des Haushaltsertrags beschaffen. Er ist ermächtigt, für die Ausgaben des Haushaltsertrags des Betriebes der Reichsbahnspedition bis zu 600 Mill. M. im Wege des Kredits läßig zu machen.

Schließlich wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, für Siedlung, Melioration, Beschäftigung, Auspendler und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel durch Ausgabe von Schuldverschreibungen zu beschaffen und die Höhe des jeweils zu beschaffenden Betrages festzulegen. Er darf in Höhe der geschätzten Beiträge Geldmittel im Wege des Haushaltsertrags beschaffen. Er ist ermächtigt, für die Ausgaben des Haushaltsertrags des Betriebes der Reichsbahnspedition bis zu 600 Mill. M. im Wege des Kredits läßig zu machen.

(Die Sitzung dauert fort)

Frisch v. Unruh: "Zero"

Neuaufführung im Frankfurter Schauspielhaus

Von unserem Korrespondenten

Frankfurt, im Matz

Fräsch v. Unruh kämpft für Ideen und läuft später dafür. Die Probleme, die die Welt bewegen, erfüllen auch ihn. Was es ist, man um politische Dinge handelt — mit einer neuen Weltordnung oder um geistige Ideale. Was mit dem inhaltlosen Begriff einer künftigen Subordination, ehemalig zu einem neuen Denken — hin zu einer Gedankenfreiheit, zu einer Vorberichtschaft des gesetzigen Hauses? Erneuerung aller bestehenden Menschen!

In "Zero" ist Monte Carlo die Welt. Aber ist Monte Carlo wirklich die Welt? Ist es wirklich nur Bodenquellen? Wirklich nur vernünftiges Erstellen? Wirklich nur Vergnügeln und keine Hoffnungen? Sind alle Frauen nur Sotteren, die ihm welche das erfreuen? Welches sind es, die ihm geben? Nur was verdammt, vernichtet, zerstört. Er tut das mit einer bewundernswürdigen Beherrschung der Phantasie, lädt und lädt zu Allem kommen, erfüllt und mit einer Spannung der Sinne, die verwirrend auf unter Bewußtsein wirkt. Und doch sieht ein Stil — ein ungeliebter Stil. Unruh ist Autor, jedoch ist kein Ersteller. Das ist kein Ziel, sondern eine Verstellung, denn man droht in einer Welt, die das Gelingen verhindert, solche Aussichten! Unruh setzt uns das Ende, jedoch keinen Ausweg, zumindest den Grund eines drohenden Untergangs und lädt uns zum Hoffnung auf eine Erneuerung.

So ist ihm "Zero" — null — nichts, ein Symbol der Welt. Die Menschen, die hier in dem verfehlten Monte Carlo einander begegnen, kommen aus allen Lebenskreisen, verstreut über alle Daseinsformen in einem Brennpunkt, auf einem kleinen Raum, "Monte Carlo ist die Welt". Sie spielen ihr letztes Spiel und — verloren. Sollte der Daseinswert, der als Vertreter einer neuen Weltordnung, als Räuber erscheint, kann sein Begehrungswerk nicht vollenden. Denn die Minen, die er gelegt hat, entzünden sich nicht, weil der Kontakt der Bindung nicht kontrolliert. Der Wille kostet an der Materie alles bleibt, wie es war. Es bleibt ein ungeistiger Topos in einer Konstruktion gescheiterten Germanen, es bleibt der Phänsis und Olympiazauber, es bleibt ein charakterloser Topos des verkommenen geistigen Arbeiters, der auch einmal seinen Scheitelpunkt genannt hat. Sie alle werden für jedes kleine Leben weiter.

- Justizfragen vor dem Landtag

73. Sitzung

* Dresden, 10. Mai

Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Justizfragen. Die ersten beiden Anträge behandeln die grundsätzliche Frage der

Ablehnung von Richtern,

und zwar die Ablehnung staatsoberlich gerichteter Richter in einem gegen Nationalsozialisten vor dem Landgericht Chemnitz geführten Prozeß. Sauer spricht

Abg. Höhle (Woz.). Er stellt fest, daß am 28. Januar vor der 2. Sitzungssammlung in Chemnitz die Vertreter nationalsozialistischer Angeklagter, die sich der Körperfürsorge schuldig gemacht hätten, den der Staatspartei angehörenden Landgerichtsdirektor Dr. Göhne wegen Verstoßes gegen die Befreiungsfreiheit abgelehnt haben. Die über diese Abstimmung steht ebenfalls die Hilsfelding-Anleihe mit ihrer Steuerfreiheit. Die lebte Reichsahn-Aleihe, deren Steuerfreiheit der kommenden Reichs-Prämienanleihe ansehnlich als Vorbild dient, erbrachte äußerlich 250 Mill. M. ein Prämien, der sich an den besonderen Bürgerlichen der Reichsbahn und der außergewöhnlich langen Leistungsdauer erläutert. Tatsächlich wird das Prämien nicht so günstig sein, weil die gesetzliche Summe zunächst nicht voll einsatzbar ist, werden brauchen, die Zahlungsfristen sich über lange Zeiträume erstrecken und viele Belohnungen nicht enthalten können. Es müssen sich deshalb die Anträge auf Enthaltung von der Rechtsprechung aufheben.

Aber die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinzugeht.

Er habe den Bemerk erwartet, daß er in Sachen mit politischen Einschlag nicht fündig sei, objektiv zu urteilen. Höhle erklärt, daß es zu unerhörter Parteiloyalität führen müsse, wenn politische Vergehen nur von Angehörigen der Partei der Täter abgeurteilt werden sollen. Das sei die lezte Konsequenz der Chemnitzer Verleumdung des Landgerichtsdirektors Hoffmann auf eine andre Dienststelle. Die Regierung soll erneut werden, zu Strafrichtern nur besonders befähigte, als Verlassungsorte erprobte Richter zu ernennen. Der Fall Hoffmann zeige, daß die deutsche Justiz in Gefahr sei; es sei an der Zeit, die Kräfte zu prüfen, ob die Anklagearbeit der Richter noch zu vertreten sei.

Abg. Breitschneider (Staatsp.) richtet an die Regierung die Anträge, ob sie die Grundlage, die in Chemnitz aufgestellt wurden, billige, oder was sie zu tun gedenkt, damit derartige die Rechtsgerichte untergründige Vorzüge sich nicht wiederholen. Breitschneider stellt fest, daß Brodau sich seit Jahren von aller politischen Tätigkeit zurückgezogen habe. Gegen Brodau sei nie irgendeine Klage wegen seiner Führung Nationalsozialisten bestätigt hatten und Gohs überredet. Inde sei, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann habe sich darüber die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinweggetragen.

Er habe den Bemerk erwartet, daß er in Sachen mit politischen Einschlag nicht fündig sei, objektiv zu urteilen. Höhle erklärt, daß es zu unerhörter Parteiloyalität führen müsse, wenn politische Vergehen nur von Angehörigen der Partei der Täter abgeurteilt werden sollen. Das sei die lezte Konsequenz der Chemnitzer Verleumdung des Landgerichtsdirektors Hoffmann auf eine andre Dienststelle. Die Regierung soll erneut werden, zu Strafrichtern nur besonders befähigte, als Verlassungsorte erprobte Richter zu ernennen. Der Fall Hoffmann zeige, daß die deutsche Justiz in Gefahr sei; es sei an der Zeit, die Kräfte zu prüfen, ob die Anklagearbeit der Richter noch zu vertreten sei.

Abg. Breitschneider (Staatsp.) richtet an die Regierung die Anträge, ob sie die Grundlage, die in Chemnitz aufgestellt wurden, billige, oder was sie zu tun gedenkt, damit derartige die Rechtsgerichte untergründige Vorzüge sich nicht wiederholen. Breitschneider stellt fest, daß Brodau sich seit Jahren von aller politischen Tätigkeit zurückgezogen habe. Gegen Brodau sei nie irgendeine Klage wegen seiner Führung Nationalsozialisten bestätigt hatten und Gohs überredet. Inde sei, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann habe sich darüber die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinweggetragen.

Er habe den Bemerk erwartet, daß er in Sachen mit politischen Einschlag nicht fündig sei, objektiv zu urteilen. Höhle erklärt, daß es zu unerhörter Parteiloyalität führen müsse, wenn politische Vergehen nur von Angehörigen der Partei der Täter abgeurteilt werden sollen. Das sei die lezte Konsequenz der Chemnitzer Verleumdung des Landgerichtsdirektors Hoffmann auf eine andre Dienststelle. Die Regierung soll erneut werden, zu Strafrichtern nur besonders befähigte, als Verlassungsorte erprobte Richter zu ernennen. Der Fall Hoffmann zeige, daß die deutsche Justiz in Gefahr sei; es sei an der Zeit, die Kräfte zu prüfen, ob die Anklagearbeit der Richter noch zu vertreten sei.

Abg. Breitschneider (Staatsp.) richtet an die Regierung die Anträge, ob sie die Grundlage, die in Chemnitz aufgestellt wurden, billige, oder was sie zu tun gedenkt, damit derartige die Rechtsgerichte untergründige Vorzüge sich nicht wiederholen. Breitschneider stellt fest, daß Brodau sich seit Jahren von aller politischen Tätigkeit zurückgezogen habe. Gegen Brodau sei nie irgendeine Klage wegen seiner Führung Nationalsozialisten bestätigt hatten und Gohs überredet. Inde sei, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann habe sich darüber die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinweggetragen.

Er habe den Bemerk erwartet, daß er in Sachen mit politischen Einschlag nicht fündig sei, objektiv zu urteilen. Höhle erklärt, daß es zu unerhörter Parteiloyalität führen müsse, wenn politische Vergehen nur von Angehörigen der Partei der Täter abgeurteilt werden sollen. Das sei die lezte Konsequenz der Chemnitzer Verleumdung des Landgerichtsdirektors Hoffmann auf eine andre Dienststelle. Die Regierung soll erneut werden, zu Strafrichtern nur besonders befähigte, als Verlassungsorte erprobte Richter zu ernennen. Der Fall Hoffmann zeige, daß die deutsche Justiz in Gefahr sei; es sei an der Zeit, die Kräfte zu prüfen, ob die Anklagearbeit der Richter noch zu vertreten sei.

Abg. Breitschneider (Staatsp.) richtet an die Regierung die Anträge, ob sie die Grundlage, die in Chemnitz aufgestellt wurden, billige, oder was sie zu tun gedenkt, damit derartige die Rechtsgerichte untergründige Vorzüge sich nicht wiederholen. Breitschneider stellt fest, daß Brodau sich seit Jahren von aller politischen Tätigkeit zurückgezogen habe. Gegen Brodau sei nie irgendeine Klage wegen seiner Führung Nationalsozialisten bestätigt hatten und Gohs überredet. Inde sei, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann habe sich darüber die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinweggetragen.

Er habe den Bemerk erwartet, daß er in Sachen mit politischen Einschlag nicht fündig sei, objektiv zu urteilen. Höhle erklärt, daß es zu unerhörter Parteiloyalität führen müsse, wenn politische Vergehen nur von Angehörigen der Partei der Täter abgeurteilt werden sollen. Das sei die lezte Konsequenz der Chemnitzer Verleumdung des Landgerichtsdirektors Hoffmann auf eine andre Dienststelle. Die Regierung soll erneut werden, zu Strafrichtern nur besonders befähigte, als Verlassungsorte erprobte Richter zu ernennen. Der Fall Hoffmann zeige, daß die deutsche Justiz in Gefahr sei; es sei an der Zeit, die Kräfte zu prüfen, ob die Anklagearbeit der Richter noch zu vertreten sei.

Abg. Breitschneider (Staatsp.) richtet an die Regierung die Anträge, ob sie die Grundlage, die in Chemnitz aufgestellt wurden, billige, oder was sie zu tun gedenkt, damit derartige die Rechtsgerichte untergründige Vorzüge sich nicht wiederholen. Breitschneider stellt fest, daß Brodau sich seit Jahren von aller politischen Tätigkeit zurückgezogen habe. Gegen Brodau sei nie irgendeine Klage wegen seiner Führung Nationalsozialisten bestätigt hatten und Gohs überredet. Inde sei, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann habe sich darüber die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinweggetragen.

Er habe den Bemerk erwartet, daß er in Sachen mit politischen Einschlag nicht fündig sei, objektiv zu urteilen. Höhle erklärt, daß es zu unerhörter Parteiloyalität führen müsse, wenn politische Vergehen nur von Angehörigen der Partei der Täter abgeurteilt werden sollen. Das sei die lezte Konsequenz der Chemnitzer Verleumdung des Landgerichtsdirektors Hoffmann auf eine andre Dienststelle. Die Regierung soll erneut werden, zu Strafrichtern nur besonders befähigte, als Verlassungsorte erprobte Richter zu ernennen. Der Fall Hoffmann zeige, daß die deutsche Justiz in Gefahr sei; es sei an der Zeit, die Kräfte zu prüfen, ob die Anklagearbeit der Richter noch zu vertreten sei.

Abg. Breitschneider (Staatsp.) richtet an die Regierung die Anträge, ob sie die Grundlage, die in Chemnitz aufgestellt wurden, billige, oder was sie zu tun gedenkt, damit derartige die Rechtsgerichte untergründige Vorzüge sich nicht wiederholen. Breitschneider stellt fest, daß Brodau sich seit Jahren von aller politischen Tätigkeit zurückgezogen habe. Gegen Brodau sei nie irgendeine Klage wegen seiner Führung Nationalsozialisten bestätigt hatten und Gohs überredet. Inde sei, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann habe sich darüber die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinweggetragen.

Er habe den Bemerk erwartet, daß er in Sachen mit politischen Einschlag nicht fündig sei, objektiv zu urteilen. Höhle erklärt, daß es zu unerhörter Parteiloyalität führen müsse, wenn politische Vergehen nur von Angehörigen der Partei der Täter abgeurteilt werden sollen. Das sei die lezte Konsequenz der Chemnitzer Verleumdung des Landgerichtsdirektors Hoffmann auf eine andre Dienststelle. Die Regierung soll erneut werden, zu Strafrichtern nur besonders befähigte, als Verlassungsorte erprobte Richter zu ernennen. Der Fall Hoffmann zeige, daß die deutsche Justiz in Gefahr sei; es sei an der Zeit, die Kräfte zu prüfen, ob die Anklagearbeit der Richter noch zu vertreten sei.

Abg. Breitschneider (Staatsp.) richtet an die Regierung die Anträge, ob sie die Grundlage, die in Chemnitz aufgestellt wurden, billige, oder was sie zu tun gedenkt, damit derartige die Rechtsgerichte untergründige Vorzüge sich nicht wiederholen. Breitschneider stellt fest, daß Brodau sich seit Jahren von aller politischen Tätigkeit zurückgezogen habe. Gegen Brodau sei nie irgendeine Klage wegen seiner Führung Nationalsozialisten bestätigt hatten und Gohs überredet. Inde sei, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann habe sich darüber die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinweggetragen.

Er habe den Bemerk erwartet, daß er in Sachen mit politischen Einschlag nicht fündig sei, objektiv zu urteilen. Höhle erklärt, daß es zu unerhörter Parteiloyalität führen müsse, wenn politische Vergehen nur von Angehörigen der Partei der Täter abgeurteilt werden sollen. Das sei die lezte Konsequenz der Chemnitzer Verleumdung des Landgerichtsdirektors Hoffmann auf eine andre Dienststelle. Die Regierung soll erneut werden, zu Strafrichtern nur besonders befähigte, als Verlassungsorte erprobte Richter zu ernennen. Der Fall Hoffmann zeige, daß die deutsche Justiz in Gefahr sei; es sei an der Zeit, die Kräfte zu prüfen, ob die Anklagearbeit der Richter noch zu vertreten sei.

Abg. Breitschneider (Staatsp.) richtet an die Regierung die Anträge, ob sie die Grundlage, die in Chemnitz aufgestellt wurden, billige, oder was sie zu tun gedenkt, damit derartige die Rechtsgerichte untergründige Vorzüge sich nicht wiederholen. Breitschneider stellt fest, daß Brodau sich seit Jahren von aller politischen Tätigkeit zurückgezogen habe. Gegen Brodau sei nie irgendeine Klage wegen seiner Führung Nationalsozialisten bestätigt hatten und Gohs überredet. Inde sei, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann habe sich darüber die Rechtsprechung des Reich